



### Presseschau vom 08.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### vormittags:

de.sputniknews.com: Irans Außenminister spricht von „Kriegshetzer“ und „Krieg für Weltfrieden“.

Irans Außenminister Mohammed Dschawad Sarif hat die Aufrufe zum „Frieden in der ganzen Welt“ als „ermüdete Klischees“ bezeichnet, die keinen Platz in den internationalen Beziehungen haben dürfen. Damit reagierte er Medienberichten zufolge auf die jüngsten Aussagen von US-Präsident Donald Trump und die Wiederverhängung der Sanktionen gegen Teheran.

Zuvor hatte der US-Präsident die Sanktionen gegen den Iran annonciert, wobei er in seinem Twitter-Account schrieb: „Das sind die bissigsten Sanktionen, die jemals verhängt wurden, und im November gehen sie noch einen Schritt weiter. Wer mit dem Iran handelt, wird kein Business mit den Vereinigten Staaten machen.“ Er wolle damit nichts weniger als den Frieden auf der Welt erreichen.

Nun kommentierte der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif diese Aussagen: „Mahnung: Die internationalen Beziehungen sind kein Schönheitswettbewerb mit ermüdeten Klischees über den Wunsch nach Frieden auf der Welt. Und nicht zum ersten Mal erklärt der Kriegshetzer, dass er Krieg für den ‚Weltfrieden‘ führt.“

In einem weiteren Posting schrieb der Außenminister, dass „die Tweets jene Tatsache nicht ändern, dass die Welt die Nase voll von der US-Unilateralität hat“. Er fügte hinzu, dass die Maßnahmen von Washington den Iran nicht beeinflussen würden, dessen Handelspartner,

darunter „die EU, Russland, China“, „den impulsiven getwitterten Diktaten“ nicht folgen würden.

Am Montag war berichtet worden, die Wirtschaftssanktionen der USA gegen den Iran seien offiziell in Kraft getreten.

Anfang Mai hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg aus dem Atom-Deal mit dem Iran angekündigt und erklärt, die USA würden alle Sanktionen wieder in Kraft setzen, die infolge des Abkommens aufgehoben worden waren.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31362/29/313622941.jpg>

de.sputniknews.com: Helsinki-Leaks: Putin will Rüstungskontrolle mit Trump vereinbaren – Zeitung

Der russische Präsident Wladimir Putin soll seinem Amtskollegen Donald Trump beim Gipfel eine Reihe von Vorschlägen bezüglich der Rüstungskontrolle übergeben haben. Dies berichtet die Zeitung „Politico“ unter Berufung auf eine mit russischen Beamten vertraute Quelle. Dieses bisher nicht veröffentlichte Dokument trage den Titel „Dialog über die Frage der Rüstungskontrolle“ und sei der Zeitung von einem Informanten zugespielt worden, der es von russischen Beamten bekommen haben soll. Ihnen zufolge hatte Putin es Trump in Helsinki übergeben.

„Die neuen Details zeigen, dass Putin weiterhin daran interessiert ist, trotz aller anderen Reibungen die traditionelle Kooperation der beiden Nationen bei den Atomwaffen beizubehalten“, zitiert „Politico“ einen Teilnehmer der jüngsten inoffiziellen Rüstungskontrollgespräche in Moskau.

Das russische Dokument umreißt eine Reihe von Bereichen, in denen die beiden Länder zusammenarbeiten könnten, um nukleare Gefahren zu verringern und ihr verlorenes Vertrauen wiederaufzubauen.

Unter den Vorschlägen befindet sich laut „Politico“ eine auf fünf Jahre ausgelegte Verlängerung des New-START-Vertrages, der 2010 von Barack Obama und Dmitri Medwedew unterzeichnet wurde und 2021 ausläuft. Zudem wolle Moskau seine „Verpflichtung“ beim INF-Vertrag bestätigen, so „Politico“.

Darüber hinaus erörtere das Dokument die Möglichkeit einer neuen Weltraum-Vereinbarung, welche die Stationierung von Waffen auf einer Erdumlaufbahn verbieten würde.

Zudem schlägt Russland Verhandlungen über „strategische Stabilität“ und Maßnahmen zur Verhinderung von „Inzidenten“ bei Militärübungen in Osteuropa sowie zur „Erhöhung des Vertrauens und der Transparenz im Militärbereich“ vor, so die Zeitung.

Das Weiße Haus habe das Dokument nicht kommentiert.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Losowoje** und **Kalinowka**. Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Russischer Ex-Vizepremier: Saakaschwili hat sich „von der US-Leine losgerissen“.

Der Sondervertreter des russischen Präsidenten, Sergej Iwanow, der vor zehn Jahren den Posten des Vizepremiers bekleidete, ist in einem Interview mit der Zeitung „Kommersant“ unter anderem auf die Einstellung und Reaktion der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice auf den bewaffneten Konflikts in Georgien von 2008 eingegangen. Zwar habe Rice nach den Ereignissen von 2008 behauptet, die USA seien in den Angriff auf Südossetien nicht verwickelt, sagte er. Allerdings hätten die anschließende Entwicklung und die Reaktion des Westens gezeigt, dass sich alle durchaus im Klaren gewesen seien, wer für die Entfesselung des Konflikts verantwortlich war.

„Sie (Rice) hat selbstverständlich gestanden, dass dies eine Initiative von Saakaschwili war, dass er an dem Krieg schuld ist. Das war aber privat, in einem privaten Gespräch und ohne Mikrofon. Sie hat faktisch zugegeben, dass sich Saakaschwili von der Leine losgerissen hat“, so Iwanow.

Außerdem habe Rice ihm noch vor dem Konflikt mehrmals versichert, dass Saakaschwili „die rote Linie“ in Bezug auf Südossetien nicht überschreiten würde. Davon habe die damalige US-Außenministerin 2007 bei privaten Gesprächen mit ihm gesprochen.

Anfang der 1990er Jahre hatte Georgien bei einem bewaffneten Konflikt die Kontrolle über Südossetien verloren. Seitdem bemüht sich die Teilrepublik darum, dass ihre Unabhängigkeit anerkannt wird. Tiflis sieht dieses Territorium jedoch als sein Staatsgebiet an und bietet Südossetien lediglich eine Autonomie an. Entsprechend einem Abkommen zwischen Russland und Georgien wurden in der Region des georgisch-ossetischen Konflikts so genannte Gemischte Kräfte zur Einhaltung des Friedens stationiert.

Die Lage in der Konfliktzone verschärfte sich in der Nacht auf den 8. August 2008, als die georgische Armeen die südossetische Hauptstadt Zchinwal angriff. Auch russische Friedenstruppen gerieten unter Beschuss. Die Regierung in Tiflis erläuterte diese Handlungen mit „der Wiederherstellung der Verfassungsordnung“. R

Moskau musste sich in den Konflikt einmischen, wobei russische Truppen die Gebiete, die südlich von Abchasien und Südossetien liegen, unter ihre Kontrolle nahmen. Der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew gab bekannt, dass russische Friedenstruppen an einem Einsatz zur „Friedens erzwingung“ teilnahmen. Nach dem Abschluss der Kampfhandlungen erkannte Russland die Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien an.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 07. August 3:00 Uhr bis 08. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Krutaja Balka, Sachanka, Kominternowo**.

Nach genaueren Informationen wurden durch Beschuss von Seiten der ukrainischen

Streitkräfte auf **Golomowskij** am 06.08.2018 neun Häuser beschädigt.

- Woroschilowgradskaja-Straße 4 – das Gebäude des Ortsrats (Dach beschädigt);
- Archipow-Straße 15/49 (Fenster beschädigt);
- Straße der Sowjetarmee 5 Wohnung 7 (Dach über der Wohnung beschädigt);
- Muschketowskaja-Straße 13/4 (Dach beschädigt);
- Schkolnyj-Gasse 2 und 4 (Dach beschädigt);
- Golowanow-Straße 1 und 5 (jeweils das Dach beschädigt);
- Selidowskaja-Straße 8 (Dach beschädigt).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 64. Wir erinnern daran, dass die Zahl Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 114.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Russischer Politiker ruft Estland zu Beobachtung seiner „Verteidiger“ auf.

Nach dem jüngsten Raketen-Zwischenfall hat der Chef des Ausschusses für Informationspolitik im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), Alexej Puschkow, die Behörden Estlands dazu aufgerufen, seine „Verteidiger“ zu beobachten.

„Falls am Rande der Stadt N in Estland eine Rakete landet und explodiert, die versehentlich von einem Militärflugzeug abgefeuert wurde, muss man nun in Tallin verraten, woher diese Raketen fliegen“, twitterte der Politiker.

Man solle „nicht die russischen Luftstreitkräfte, sondern die Estland ‚verteidigenden‘ Nato-Flugzeuge beobachten“.

Ein Jagdflugzeug Eurofighter Typhoon 2000 der spanischen Luftstreitkräfte hatte beim Flug über dem südlichen Teil Estlands irrtümlicherweise eine scharfe Luft-Luft-Rakete abgefeuert. Das teilte der Pressedienst der estnischen Verteidigungskräfte mit.

„Bei der Rakete AIM-120 AMRAAM ist die Selbstzerstörung aktiviert, damit sie bei einem irrtümlichen Start in der Luft zerstört wird. Man kann jedoch nicht ausschließen, dass der Flugkörper trotzdem gelandet ist“, hieß es in der Mitteilung.

Raketen vom Typ AIM-120 AMRAAM sind zur Vernichtung von Luftzielen außerhalb der direkten Sichtweite bestimmt. Die Luftstreitkräfte der USA sind seit 1991 mit solchen Lenkwaffen ausgerüstet. Raketen dieses Typs gehören auch zur Bewaffnung der Truppen von Großbritannien, Deutschland, Italien, Griechenland, Finnland, Norwegen und einigen anderen Ländern. In den 1990er Jahren waren AIM-120-AMRAAM-Raketen gegen Abfangjäger MiG-23 und MiG-25 im Irak sowie bei der Nato-Militäroperation gegen MiG-29-Kampffjets 1999 im damaligen Jugoslawien eingesetzt worden.

Die baltischen Länder verfügen über keine für Luftpatrouillen tauglichen Flugzeuge. Deshalb wird ihr Luftraum seit April 2004 (nach dem Nato-Beitritt) rotationsmäßig von Flugzeugen der Länder der Allianz geschützt, die in Litauen auf dem fünf Kilometer von Šiauliai entfernt liegenden Flugplatz Zokniai und auf der Luftbasis Ämari stationiert sind. 2012 war diese Mission beim Nato-Gipfel in Chicago auf unbestimmte Zeit verlängert worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31579/69/315796918.jpg>

ukrinform.ua: Volker: Russland und seine Kräfte blockieren OSZE-Beobachter im Donbass. Russland behindere ständig die Arbeit der Sonderbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und verletze seine Verpflichtungen, twitterte der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker.

Volker fügte hinzu, dass Russland nicht will, dass die Welt die humanitäre, wirtschaftliche und ökologische Katastrophe im Donbass sieht.

Volker bezog sich auf die Meldung der OSZE-Sonderbeobachtermission auf Twitter: „Die Mitglieder der Sonderbeobachtermission wurden wieder bei der Einfahrt in das von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierte Nowoasowsk (Stadt in Oblast Donezk – Red.) gestoppt. Innerhalb des letzten Monats wurde unsere Bewegungsfreiheit in den südlichen Teilen der von der Regierung nicht kontrollierten Gebieten etwa 40 Mal behindert“.

de.sputniknews.com: So behindert London die Arbeit russischer Diplomaten:

Die britischen Behörden blockieren seit Anfang des Jahres die Erneuerung des Personals der russischen Botschaft, teilte ein Pressesprecher der diplomatischen Mission in London gegenüber Reportern mit.

Er betonte, dass die Massenausweisung von Diplomaten im März wegen des Falls Skripal diese Situation nur verschärft habe.

„Als Instrumente werden immer noch Visabeschränkungen verwendet – die künstliche dauerhafte Verzögerung bei der Visaerteilung für neue Mitarbeiter, die für lange Dienstreisen bereits bestimmt sind sowie die Visaverlängerung für Mitarbeiter der russischen Auslandsvertretungen für einen Zeitraum von nicht mehr als drei Monaten unter Beibehaltung ihrer Pässe“, so der Vertreter der Botschaft.

Er erinnerte daran, dass Russland wiederholt ein Gespräch zu Visafragen angeboten und das Problem im Entwurf eines aktualisierten bilateralen Memorandums dargestellt habe.

„Leider existiert das Gegenseitigkeitsprinzip für die britische Seite offenbar nur mit einem Minuszeichen“, resümierte der Sprecher.

Früher hatte der russische Botschafter in London, Alexander Jakowenko, erklärt, dass die Ausstellung eines britischen Visums für russische Diplomaten bis zu anderthalb Jahre dauern könne. Dies sei keine normale Situation.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31889/62/318896211.jpg>

### **nachmittags:**

de.sputniknews.com: „Höllensanktionen“ gegen Russland: Mehr Show als Strafe.

*Iwan Danilow*

Wie jedes Element in der auf inszenierte Shows reduzierten US-Politik wird das Thema Russland-Sanktionen früher oder später ein eigenes erkennbares Markenzeichen erhalten. So ist Donald Trump an sich ein Markenzeichen, das zudem ein Motto hat: „Make America Great Again“.

Für die antirussischen Sanktionen wurde ein nicht weniger auffallendes und ziemlich einprägendes Markenzeichen erfunden – „Sanktionen aus der Hölle“. Der Begriff wurde vom republikanischen Senator des Bundesstaates South Carolina, Lindsey Graham, geprägt. Laut US-Medien, die Einblick in das Dokument über die Sanktionen vor seiner offiziellen Veröffentlichung hatten, behaupten, dass es völlig seine informelle Bezeichnung rechtfertigt. Analysten von Barclays verwiesen sogar auf ein „radikales“ Szenario der Umsetzung der härtesten Vorschläge, die in diesem Gesetzentwurf zu finden sind. Dazu gehört unter anderem die Einführung von Finanzeinschränkungen gegen russische Staatsbanken.

„Die radikalste Version, wobei Transaktionen mit allen russischen Staatsbanken mit Sanktionen belegt werden, würde ernsthafte Folgen für die gesamte russische Wirtschaft haben. Was könnte schmerzhafter sein als Sanktionen gegen souveräne russische Staatsschulden?“, sagte die Wirtschaftsexpertin von Barclays Capital in London, Lisa Jermolenko.

Laut Barclays zeigt der Gesetzentwurf eindeutig die Entschlossenheit, weiter zu gehen als Russland nur Schaden zuzufügen. An der Entschlossenheit der russlandfeindlichen Senatoren hat eigentlich auch früher niemand Zweifel gehabt. Die Frage war nur, inwieweit vernünftige Vertreter der US-Elite die destruktiven und für die USA schädlichen Sanktionspläne jener bremsen können, die wegen ihres Hasses gegen Russland und Trump zu allem bereit sind. Viele glauben weniger an die Destruktivität der Sanktionen für die USA selbst, denn die unmittelbare Logik weist auf eine einfache Konstruktion hin – je schärfer Sanktionen sind, desto schlimmer ist es für Russland und weniger schädlich für die USA. Das heißt, dass die Sanktionen das beste Einflussinstrument gegen Russland sind. Wer anderer Meinung ist, ist ein „Kreml-Propagandist“. Das Problem besteht darin, dass gemäß dieser Logik beispielsweise der ehemalige US-Finanzminister Jack Lew als „Kreml-Propagandist“ bezeichnet werden könnte. Er hatte bereits unter Barack Obama den russlandfeindlichen Senatoren, die harte Strafen für Russland wegen der Krim und Syrien forderten, erklärt, dass

man den Sanktionen nicht blind folgen sollte. Dabei führte er sehr pragmatische Argumente an:

„Unsere zentrale Rolle (im globalen Finanzsystem) darf nicht als etwas Selbstverständliches wahrgenommen werden. Wenn ausländische Firmen und Unternehmen spüren, dass wir Sanktionen, besonders sekundäre, ohne ausreichende Begründung und aus unangemessenen Gründen verhängen, sollten wir uns nicht wundern, dass sie nach Wegen suchen, Transaktionen in den USA bzw. in US-Dollar zu meiden. Je stärker wir die Nutzung des Dollar und unseres Finanzsystems der US-Außenpolitik unterordnen, desto höher wird das Risiko des Wechsels zu anderen Währungen und Finanzsystemen sein. Ein solcher Ausgang liegt nicht im Interesse der USA, und wir sollten uns bemühen, ihn zu vermeiden“, so Lew. Das ist keine Kreml-Propaganda, die davor warnt, dass die Sanktionen den USA selbst schaden. Das sind Thesen des obersten Finanzexperten Obamas. Ihm war es 2016 gelungen, die vom Russland-Hass besessenen US-Politiker nach der Krim-Ohrfeige mit Argumenten zu besänftigen. Ob sein Nachfolger Steven Mnuchin dieselbe Überzeugungsarbeit leisten kann, ändert nichts am Wert seiner Argumente. Falls Washington tatsächlich einen der größten Öl- und Gasexporteure in der Welt zur Entdollarisierung zwingen will, würden die Schwierigkeiten im russischen Finanzsystem von kurzfristiger bzw. mittelfristiger Dauer sein. Dafür aber wird der Schaden für das Dollarsystem für ewig bleiben.

Gesondert sollten so genannte sekundäre Sanktionen – drohende Maßnahmen gegen europäische, chinesische und andere nichtamerikanische Firmen, die weiterhin Geschäfte mit von Sanktionen betroffenen russischen Unternehmen machen – erwähnt werden.

Nehmen wir zum Beispiel die Situation um den Iran, bei der Washington gerade auf die sekundären Sanktionen größte Hoffnungen legt. Trotz bestimmter Erfolge folgen die europäischen Länder nicht blind den USA. Die Agentur Reuters berichtete, dass Deutschland trotz des amerikanischen Drucks weiter Export- und Investitionsgarantien für iranische Projekte bereitstellen wird.

„The Wall Street Journal“ schreibt dazu: „Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands haben dem Iran mitgeteilt, dass sie die Aktivierung der Konten der Zentralbank Irans in den Zentralbanken ihrer Länder zur Eröffnung eines Finanzkanals zur Unterstützung des Iran-Deals erörtern.“

In diesem Fall geht es um eine prinzipielle Position der Europäer, wobei es im Fall Iran nicht um die vitalen Interessen der EU, sondern eher um den Wunsch geht, eigene iranische Investitionen zu schützen und Washington zu zeigen, dass es nicht im Alleingang die europäische Außenpolitik diktieren kann. NBC und BBC berichteten, dass die EU auf der offiziellen Ebene bereits mit Strafen gegen europäische Unternehmen droht, die die US-Sanktionen einhalten werden.

Unter diesen Bedingungen sind die Chancen nicht hoch, dass sich die EU an der finanziellen Isolierung Russlands (zum Beispiel mit dem Risiko, im Winter zu frieren) im Einklang mit den russlandfeindlichen Ambitionen einer Gruppe von US-Senatoren beteiligen wird. Zudem können einige antiamerikanisch gestimmte europäische Politiker wie Jean-Claude Juncker die mögliche Entdollarisierung der europäisch-russischen Finanzströme als Geschenk des Schicksals auffassen. Und als ein gutes Mittel, Washington die Laune zu vermiesen.

„Höllensanktionen“ sind natürlich ein effektives politisches Markenzeichen, doch ihre reale Effizienz gegenüber Moskau ist sehr zweifelhaft. Selbst westliche Analysten glauben kaum daran.

Laut einer Moody's-Analystin ist Russland bereit, jeden Schlag der neuen möglichen US-Sanktionen abzufedern. Maßnahmen zum Abbau von Anlagen in US-Anleihen und der Dollar-Abhängigkeit machen die Wirtschaft weniger verwundbar für scharfe US-Einschränkungen.

[dnr-online.ru](http://dnr-online.ru): „In Folge von Kämpfen wurde heute Nacht um 0:15 Uhr die Stromversorgung

der Kläranlage von Golmowskij unterbrochen. Es wurde eine vertikale Stromleitung in der „Grauen Zone“ beschädigt. Die Reparatur wird erfolgen, nachdem die Genehmigung für Arbeiten vorliegt“, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew mit.

Die Kläranlage von Gomowskij ist eines der wichtigen Objekte des Kanalisationssystems von Gorlowka und wurde 1979 in Betrieb genommen, sie hat Kapazität von 2800 Kubikmetern Abwasser pro Tag.

de.sputniknews.com: Der Weltraum als Kriegsschauplatz – Pentagon-Chef

US-Verteidigungsminister James Mattis hat laut Angaben des Nachrichtensenders ABC News die Schaffung von Weltraumtruppen unterstützt.

Im Juni beauftragte der US-Präsident Donald Trump das Pentagon mit der Schaffung eines Weltraumkommandos.

Auf die Frage, wie er zu dem Vorschlag Trumps stehe, antwortete Mattis:

„Wir müssen uns unbedingt mit dem Weltraum als einem sich entwickelnden Kriegsschauplatz befassen, und ein Kampfkommando ist sicherlich etwas, was wir etablieren können“, zitiert ihn ABC News.

Das Pentagon stimme völlig mit Trump überein, US-Weltraumobjekte schützen zu wollen, so Mattis weiter laut ABC.

„Und wir müssen es etablieren, wenn andere Länder ihre Fähigkeit zeigen, diese Objekte anzugreifen.“

Die Verletzlichkeit von amerikanischen Weltraumobjekten wurde zuvor von Nasa-Direktor Jim Bridenstine unterstrichen. Laut ihm droht den USA beim Verlust des GPS-Signals ein „Lebensstopp“.

Derzeit verfügen die US-Streitkräfte über sechs regionale und vier funktionale Kommandos.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31511/22/315112231.jpg>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 8. August 2018:

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner weiter das Territorium unserer Republik beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Banditen des Kriegsverbrechers A. Gnatow aus der 36. Marineinfanteriebrigade 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Sachanka** abgefeuert und mit Schützenpanzerwaffen **Kominternowo** beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Terroristen aus der 92. mechanisierten Brigade unter



Anführerschaft von W. Kokorew mit Mörsern des Kalibers 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen **Wasiljewka, Werchnetorezkoje Nishneje und Krutaja Balka** beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **sechs Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Wir stellen weiter Fälle von mangelhafter Zusammenarbeit zwischen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte bei der Durchführung der Rotation fest.

In dieser Woche ist schon der zweite Fall in der 128. Gebirgssturmbrigade aufgetreten, die in Richtung Donezk die 93. Brigade ablöst. Im 2. Bataillon sind zwei Soldaten, die beschlossen hatten, Wäsche in einem nahegelegenen Fluss zu waschen, auf eine Mine vom Type RGD-5 geraten, die ihre Vorgänger installiert hatten. Dabei wurden sie verletzt und befinden sich jetzt im 61. Militärhospital. Nach unseren Informationen hat der Kommandeur der 128. Brigade, um die Verantwortung für die Nachlässigkeit von sich abzuwälzen, das Kommando betrogen und dem Stab der Besatzungskräfte eine angebliche Verletzung der Soldaten durch einen Beschuss von unserer Seite gemeldet.

Heute arbeiten im Gebiet von Metallist (Trawnwoje) und Gladosowo Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, um sich mit der humanitären Situation in diesen Ortschaften vertraut zu machen.

Wir hoffen, dass die Vertreter dieser Rechtsschutzorganisation, nach der Feststellung des völligen Fehlens von Bedingungen für das Leben der zivilen Einwohner nach der gewaltsamen Besetzung dieser Ortschaften durch ukrainische Kämpfer im November 2017, die benachbarten Golmowskij und Gorlowka besuchen, wo sie die Ergebnisse der letzten unmenschlichen Beschießungen von Seiten der Terroristen Najews feststellen, in deren Folge Zerstörungen an mehr als zehn zivilen Gebäuden entstanden sind.

Die ukrainische Besatzung bringt zielgerichtet nur Leid in unser Land, und die Straftruppen wollen mit allen Kräften im Donbass Elend und eine humanitäre Katastrophe erreichen, selbst auf den Stückchen Erde, die sie gewaltsam einnehmen. In diesem Zusammenhang sind die Einwohner von Gladosowo und Metallist (Trawnwoje) gezwungen, auf der Suche nach einem besseren Leben auf unser Territorium zu kommen. Es leiden alle Einwohner der frontnahen Ortschaften und vor allem aufgrund des täglichen und zielgerichteten Beschusses von Seiten der ukrainischen Terroristen.

In diesem Zusammenhang rufen wir die Weltgemeinschaft auf, sich zu konsolidieren und die ukrainische Seite, wegen der seit 2014 auf dem Land des Donbass Blut unschuldiger friedlicher Einwohner vergossen wird, entschieden zu verurteilen. Außerdem zu erreichen, dass die Straftruppen der ukrainischen Streitkräfte mit ihrem gemeinen und provokativen Beschuss aufhören. Nur eine vollständige Unterdrückung der unvernünftigen Initiativen der Kiewer Regierung durch die Weltgemeinschaft kann zu Frieden im viel geprüften Land des Donbass führen.

de.sputniknews.com: Krieg zwischen Georgien und Südossetien wurde von der Nato provoziert – Experte

*Natalia Pawlowa*

Zehn Jahre nach den tragischen Ereignissen in Zchinwal ist die westliche Politik in Transkaukasien gegenüber Russland und den von Russland anerkannten Republiken Südossetien und Abchasien feindlich und von militärpolitischer Natur.

„Das Manöver „Würdiger Partner“ in Anwesenheit von Top-Militärs der Nato zeugt davon, dass der Westen auf Georgien als anti-russischen Brückenkopf setzt. Dies kann angesichts der fehlenden diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Georgien Anlass zu Besorgnis geben. Die EU, aber vor allem die USA und Großbritannien, sind die Hauptinvestoren dieser Politik“, sagte Artur Atajew, Experte am russischen Institut für strategische Studien, der aus Nordossetien kommt und Zeuge des Kaukasuskrieges im August 2008 in Südossetien war, im

Gespräch mit Sputnik.

In diesem Zusammenhang ist das Thema „080808“ (die Bezeichnung verweist auf das Datum der georgischen Aggression gegen Südossetien am 8. August 2008) nach Worten des Politologen immer noch aktuell. Die Nato, deren Mitglied Georgien sein will, habe Georgien dazu angeregt, Südossetien anzugreifen.

„Die Allianz hat diesen Konflikt mit den Erklärungen ihres früheren Nato-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer sogar angezettelt. Heute sorgt der neue Generalsekretär Jens Stoltenberg mit seinen Äußerungen für mehr Spannungen in Transkaukasien. Die Rhetorik ist gar nicht friedlicher Natur. Die Nato provozierte Georgien zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Russland und wird es auch weiter dazu provozieren“, betonte der Politikwissenschaftler.

Vor einigen Monaten wurde in Südossetien eine neue Universität eröffnet. Die alte war das erste Gebäude, auf das Georgien den ersten Schlag verübte. Saakaschwili habe jedoch in seinem jüngsten Interview gesagt, dass der erste Schlag gegen Zchinwal vom russischen Militär verübt worden sei, so der Experte. Und in georgischen Lehrbüchern stehe, dass Russland im August 2008 Georgien angegriffen habe. Allerdings werde verschwiegen, dass es sich um den ersten Präzedenzfall einer Friedenserzwingung handelt. So entstehe eine neue Weltanschauung.

„Im August 2008 habe ich die Reaktion der georgischen Blogosphäre auf die Ereignisse beobachtet“, erinnert Artur Atajew. „Als Berichte, die über die Einnahme von Zchinwal kamen, schrieben georgische Blogger: ‚Wenn nur die Weltgemeinschaft uns nicht mit Menschenrechten und demokratischen Normen unter Druck setzte!‘ Nachdem die russischen Truppen die georgischen Truppen aus Südossetien vertrieben hatten, waren dieselben Blogger empört: ‚Wo ist denn die Weltgemeinschaft?! Georgien wird angegriffen!‘ Das ist eine im Westen allgemein akzeptierte Formel der Informationsunterstützung aggressiver Handlungen gegen Russland.“

Erst nachdem die georgischen Truppen die russischen Friedenstruppen bombardiert hatten, wurde Befehl zur „Erzwingung des Friedens“ gegeben. Der Experte ist diesbezüglich über die Reaktion westlicher Medien empört und nennt sie „superzynisch“: „Russland wird nämlich als Aggressor im georgisch-abchasischen Konflikt dargestellt, was gar nicht der Fall ist.“

Nach zehn Friedensjahren ist Südossetien kaum wiederzuerkennen. Es ist die riesige, international wichtige Ferngasleitung „Wladikawkas-Zchinwal“ entstanden. Nachdem Georgien das Gas abgedreht hatte, kam Russland zu Hilfe und baute diese einzigartige Gaspipeline durch die Berge. Es war ein Großbau, vergleichbar mit der Krim-Brücke. Die Ossetische Heerstraße hat größere Bedeutung bekommen.

„Der vier Kilometer lange Tunnel hat tatsächlich die Osseten vor der Vernichtung gerettet, weil der georgische Plan „Sauberes Feld“ auf eine völlige Säuberung der südossetischen Bevölkerung gerichtet war. Heute ist weder Zchinwal noch Abchasien wiederzuerkennen. Das Investitionsprogramm, das seit der Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken umgesetzt wird, hat einen enormen Effekt gehabt. Das sind Stadien, Straßen und Schulen. Die Infrastruktur hat sich verändert, es gibt jetzt solide Investoren, vor allem im Tourismusbereich. Die Republiken, die früher Depressionsregionen waren, haben sich gewandelt. Jetzt entwickeln sich diese Gebiete dynamisch.“

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die **Situation** im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat sich verschärft.**

Trotz der Vereinbarung über einen Waffenstillstand hat der Gegner in der letzten 24 Stunden **viermal das Regime der Feuereinstellung verletzt.** Beschossen wurden **Kalinowka, Losowoje und Frunse.** Dabei haben die ukrainischen Kämpfer wieder begonnen von den Minsker Vereinbarungen verbotene 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörser,

Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen zu verwenden. Insgesamt wurden 70 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten die Kriegsverbrecher Tatus und Grusewitsch. Die ukrainische Militärführung führt Arbeiten zu Konzentration des militärischen Potentials durch, verstärkt die Luftwaffe. Der Kommandeur der Luftstreitkräfte der Ukraine Generaloberst Drosdow hat offiziell erklärt, dass der **Flugzeugpark der ukrainischen Armee durch 30 Kampfflugzeuge verstärkt wird**. Die Rede ist von Zerstörern des Typs MiG-29 und Su-27 sowie Sturmflugzeugen Su-25.

Außerdem wurden in ukrainischen Massenmedien Bilder von Übungen der ukrainischen Luftstreitkräfte veröffentlicht, bei denen Piloten von Kampfflugzeugen und Hubschraubern Schläge auf Bodenziele üben sowie an Übungen zur Zusammenarbeit mit Bodentruppen teilnehmen. Wir haben Zweifel daran, dass diese Flugzeuge nur zu Übungszwecken verwendet werden und nicht wieder gegen zivile Objekte eingesetzt werden wie das 2014 der Fall war.

Ich erinnere daran, dass die Verwendung von Luftstreitkräften im Donbass durch die Minsker Vereinbarungen verboten ist und im Fall von deren Verwendung gegen Einwohner der Republik die Luftabwehr der Volksmiliz bereit ist, dem Gegner erheblichen Schaden zuzufügen.

Die ukrainischen Truppen betreiben weiter **Aufklärung mit Drohnen** an der Kontaktlinie. Womit sie wieder die Minsker Vereinbarungen verletzen. Eine Bestätigung dafür ist der Abschuss einer ukrainischen Drohne aus einer Einheit der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die Aufklärung über dem Territorium der Republik betrieb, gestern durch die Luftabwehr der Volksmiliz.

Wie zuvor sind die Einheiten der Volksmiliz bereit zu einer friedlichen Lösung des Konflikts und halten die Minsker Vereinbarungen genau ein. Am im Fall einer Aktivierung der ukrainischen Seite sind sie bereit entschieden zu handeln.

[ukrinform.ua](http://ukrinform.ua): Verteidigungsministerium berichtet über Verluste der Terrormilizen.

Im Donbass wurden drei Freischärler getötet und weitere neun verletzt, sagte heute auf einem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine, Aleksandr Motusjanik, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Nach Angaben unserer Aufklärung sind im Laufe des letzten Tages drei Besatzer getötet und neun verletzt worden“, sagte er.

Nach den Worten von Motusjanik reagierten ukrainische Soldaten auf fast jeden Beschuss des Feindes mit Infanteriewaffen, um das Leben und die Gesundheit der Soldaten zu bewahren und die feindliche Aktivität zu unterdrücken.

Infolge der Kämpfe gab es keine Verluste unter den ukrainischen Soldaten.

[de.sputniknews.com](http://de.sputniknews.com): China führt Einfuhrzölle gegen US-Waren in Höhe von 16 Milliarden Dollar ein.

Peking hat am Mittwoch Abgaben auf US-Einfuhren im Volumen von 16 Milliarden Dollar angekündigt. Diese sollen gleichzeitig mit den US-Zöllen am 23. August in Kraft treten, wie das chinesische Handelsministerium mitteilte.

Demnach sind insgesamt 333 unterschiedliche Waren betroffen, darunter Diesel, Rohöl, Kohle, Stahlprodukte und Medizintechnik.

„Die USA haben die Entscheidung getroffen, am 23. August Zölle in Höhe von 25 Prozent auf chinesische Einfuhren im Volumen von 16 Milliarden Dollar zu verhängen“, hieß es in der Mitteilung des Ministeriums.

China sei gezwungen, gleichzeitig mit den Vereinigten Staaten die entsprechenden Gegenmaßnahmen und damit Abgaben von 25 Prozent auf US-Einfuhren im Volumen von 16

Milliarden Dollar durchzusetzen. Zugleich kritisierte das Ministerium die jüngste Entscheidung Washingtons und bezeichnete diese als unvernünftig.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32187/71/321877105.jpg>

Av-zakharchenko.su: Das Probleme des Verkaufs von Plätzen in Warteschlangen an Kontroll- und Passierpunkten zu lösen, sich mit Situationen ungesetzlicher Konfiszierung von Fahrzeugen auseinandersetzen und allen Verwandten gefallener Verteidiger der Republik Fragebögen über die Ableistung des Militärdienstes auszugeben – diese und andere Anweisungen wurden vom Oberhaupt der DVR im Ergebnis einer Besprechung mit den Ministern des militärischen Blocks erteilt. Das Treffen mit den Leitern des Verteidigungsministeriums, des Innenministeriums, des Staatssicherheitsministeriums, des Ministeriums für Einnahmen und Abgaben sowie mit Leitern von Stadtverwaltungen von Ortschaften, die an ukrainische Territorien grenzen, fand heute im Donezk statt.

„Heute sprechen wir über ein sehr wichtiges Thema – die Sicherheit unserer Bürger. Sicherheit ist nicht nur die Frontlinie und Kämpfe. Das heißt auch, Diversionsgruppen nicht auf das Territorium der DVR zu lassen, eine stabile und effektive Funktion der KPP sowie eine Kontrolle über den Aufenthalt von absolut nicht befreundeten, die Realität entstellenden Vertretern von Massenmedien in der Republik. Insgesamt ist es notwendig, die Situation der inneren Sicherheit des Landes zu erörtern“, sagte das Oberhaupt.

Der erste Bericht betraf die Durchführung einer Anweisung des Oberhauptes zur Erarbeitung eines Mechanismus des vorrangigen Passierens von Bussen, die reguläre Passagierbeförderung betreiben, über die Staatsgrenze. Wie der stellvertretende Minister für Einnahmen und Abgaben, der Leiter des Zolldienstes Witalij Pankow erklärte, hat das gemeinsam mit dem MfS der DVR ausgearbeitete Schema für das Passieren seine Effektivität gezeigt und die Zeiten für den Grenzübertritt reduziert. Vom Verkehrsministerium und dem staatlichen Unternehmen „Busse des Donbass“ wurde eine Umverteilung der Routen vorgenommen, um die Passierpunkte nicht zu überlasten. An den Grenzpunkten mit der RF wurden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Alexandr Sachartschenko merkte an, dass für staatliche Transporteure an allen KPP eine bevorzugte Warteschlange eingerichtet werden muss.

„Der staatliche Service muss qualitativ hochwertiger sein als der Service von Privatpersonen“, unterstrich er.

Über die Pflege aller KPP und der umliegenden Territorien berichtete der Zivilschutzminister Alexej Kostrubizkij. Der Minister sagte, dass zur Hilfeleistung für die Bevölkerung an den Passierpunkten vier stationäre Posten eingerichtet wurden. Spezielle Container sind mit allem Notwendigen für die Leistung von ärztlicher Hilfe eingerichtet, dort wird für angenehme

Temperaturen gesorgt, dort sind Mitarbeiter des Zivilschutzes und Ärzte. Seit Beginn des Jahres haben bereits mehr als 112.000 Personen diese Punkte genutzt. Die Übergänge sind alle mit Ruhezeiten mit allen nötigen Sanitäreinrichtungen ausgestattet. Der größere Teil beim Inordnungbringen der KPP ist erledigt.

Nach den Berichten der Minister verlas Alexandr Sachartschenko einige Anfragen von Einwohnern der Republik, die an ihn gelangt sind und in denen die Situation vollkommen anders aussieht. So haben sich Menschen, die sich an das Staatsoberhaupt gewandt haben, über die Dreistigkeit der Grenz- und Zollbeamten beschwert, über unkorrektes Verhalten und sogar direkte Beleidigungen und Drohungen. Die Menschen schreiben an das Staatsoberhaupt über stundenlange Warteschlangen, kräftezehrende Kontrollen, das Fehlen elementarer Bedingungen an den KPP. In einigen Beschwerden ist davon die Rede, dass es sich Mitarbeiter an den Passierpunkten erlauben, selbst diejenigen zu verhöhnen, die am wenigsten geschützt sind – alte Leute und Menschen mit Behinderung. Außerdem betreffen eine Menge von Anfragen ein an den KPP blühendes Geschäft, den Weiterverkauf von Plätzen in Warteschlangen, weswegen die Menschen gezwungen sind 7-8 Stunden an der Grenze zu warten.

„Solche Briefe gibt es zu Hunderten und Tausenden, ich habe nur einige ausgewählt. Kollegen, viele von uns haben gekämpft, wurden verletzt, haben schreckliche Dinge durchlebt. Wozu? Für die Republik. Um in einem Staat zu leben, in dem solche Willkür nicht möglich ist. Wenn ich solche Briefe von Menschen lese, schäme ich mich für Euch“, erklärte das Staatsoberhaupt.

Nachdem Alexandr Sachartschenko einige Briefe von Bürgern vorgelesen hatte, entschuldigte er sich bei den Einwohnern für das dreiste Verhalten einiger Mitarbeiter der militärischen Behörden. Er gab eine Reihe von Anweisungen zur Verbesserung der Funktion der Grenzzonen. So müssen die Behörden die Arbeit zur Reduzierung der Übertrittszeiten fortführen, durch parallele Kontrolle von Fahrzeugen. Die Bürgermeister müssen die sanitären Zustände an den KPP unter ständige Kontrolle nehmen. Alexandr Sachartschenko gab dem Innenministerium die Anweisung, eine Namensliste aller zu erstellen, sie sich mit solchen unzuverlässigen Zuverdiensten befassen, danach wird die Frage behandelt, wie eine administrative Verantwortlichkeit für solche Dinge eingeführt werden kann.

„Ich will mich an alle wenden: ab dem heutigen Tag wird Dreistigkeit eines Beamten und Mitarbeiters der Rechtsschutzorgane einem Dienstvergehen gleichgestellt. Eine demonstrative Bestrafung kann nachlässige Mitarbeiter lehren, die Menschen zu respektieren“, unterstrich das Staatsoberhaupt.

Außerdem merkte Alexandr Sachartschenko an, dass die Zahl der Briefe wegen Konfiszierung von Fahrzeugen zugenommen hat. Das Staatsoberhaupt erteilte der Verkehrspolizei die Anweisung, sich mit der Frage auseinanderzusetzen und sorgfältiger an die Entscheidungen heranzugehen.

„Es gibt Anfragen, in denen Menschen bitten, ihr Fahrzeug zurückzuerhalten, obwohl es offensichtliche Anzeichen gibt, dass sie wussten, dass sie ein Auto gekauft haben, das als gestohlen gemeldet ist. Hier sind die Handlungen der Rechtsschützer eindeutig. Aber es gehen Beschwerden ein, worin Menschen einfach wilde Dinge erzählen, wie sie mehrfach zu teuren Expertisen geschickt werden, die gar nicht durchgeführt werden. Und das sind Rentner mit Autos, die 40 Jahre alt sind. Diese Probleme müssen in kürzester Frist gelöst werden“, wies das Staatsoberhaupt an.

„Das letzte Thema der Besprechung ist das Wichtigste“, sagte Alexandr Sachartschenko.

„Hunderte von Anfragen von Verwandten gefallener Verteidiger der Republik betreffen den Erhalt von Dokumenten über die Leistung von Militärdienst. Mütter und Frauen gefallener Soldaten erhalten oft nichtssagende Schreiben aber keine bestätigenden Dokumente. Es ist unsere heilige Pflicht, die Familien unserer gefallenen Genossen mit allem Notwendigen zu versorgen. Deshalb befehle ich dem Verteidigungsministerium, Fragebögen über die Leistung

von Militärdienst und den Tod von Verwandten an der Front an alle auszugeben, die nach solchen Dokumenten fragen. Ich verstehe, dass es Leute geben wird, die das ausnutzen, aber wir leben in einem normalen Land und solche Menschen wir es nur wenige geben. Wir werden uns nach dem Sieg mit ihnen befassen. Aber die Verwandten müssen Dank erhalten und nicht das Unverständnis von Beamten und bürokratische Hindernisse. Das ist ein persönlicher Befehl!“.

Zum Abschluss der Besprechung unterstrich das Oberhaupt der DVR ein weiteres Mal, dass die grundlegende Aufgabe der militärischen Behörden die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung ist. Für die Durchführung aller Anweisungen gab Alexandr Sachartschenko den Ministern einen Monat Zeit.

de.sputniknews.com: „Neue Spirale Kalten Krieges“: Russischer Außenpolitiker zu neuen US-Sanktionen

Sollten die USA das neue Gesetz über zusätzliche Sanktionen gegen Russland verabschieden, wird dies zu einer weiteren Spirale des Kalten Krieges führen. Davor warnt der erste Vizevorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Dmitri Nowikow.

Laut Nowikow sind Vertreter sowohl der republikanischen als auch der demokratischen Partei bereit, diese Initiative zu unterstützen.

Zuvor hatte die Zeitung „Kommersant“ den Text des Gesetzentwurfs publiziert, der von dem Republikaner Lindsey Graham und seinen drei Kollegen erarbeitet worden war. Unter anderem sehe die Vorlage die Anerkennung Russlands als einen „Terrorismussponsor“ vor. Laut dem Direktor der Franklin-Roosevelt-Stiftung für die USA-Forschung bei der Moskauer Lomonossow-Universität, Juri Roguljow, wird der Gesetzentwurf jedoch noch lange nicht umgesetzt werden.

Allerdings werden die USA ihre Versuche fortsetzen, Sanktionen gegen Moskau zu verhängen.

Roguljow betonte, die Autoren der Gesetzesvorlage hätten eine deutliche antirussische Position.

### **Abends:**

Dan-news.info: „Die Reparaturarbeiten zur Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung der Golmowskijer Kläranlage sind abgeschlossen“, teilte die Stadtverwaltung von Gorlowka mit. Mitarbeiter von „Woda Donbassa“ haben die Stromversorgung, die durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ausgefallen war, wieder in Betrieb genommen.